

# Amtsblatt

für den

Landkreis Göttingen

---

**Jahrgang 2013**

**Göttingen, den 24.10.2013**

**Nr. 41**

---

Inhalt:

Seite:

- |  |     |
|--|-----|
| <b>A. <u>Veröffentlichungen des Landkreises</u></b>  |     |
| Zweckvereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben des Gesetzes zur Einführung eines Betreuungsgeldes | 450 |
| <b>B. <u>Veröffentlichungen der Gemeinden</u></b>  |     |
| <u>Gemeinde Landolfshausen</u>   | 453 |
| 1.Nachtragshaushaltssatzung 2013   |     |
| <u>Samtgemeinde Radolfshausen</u>  | 455 |
| 1.Nachtragshaushaltssatzung 2013   |     |
| <b>C. <u>Veröffentlichungen sonstiger Stellen</u></b>  |     |
| ./.  |     |

## **Zweckvereinbarung**

Der **Landkreis Göttingen**, vertreten durch den Landrat, Reinhäuser Landstraße 4, 37083 Göttingen,

und

der **Landkreis Osterode am Harz**, vertreten durch den Landrat, Herzberger Str. 5, 37520 Osterode am Harz,

schließen gem. § 5 des Nieders. Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) i.d.F. vom 21.12.2011 (Nds. GVBl. S. 493), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes zur Änderung des Nieders. Gesetzes über den Finanzausgleich und anderer Gesetze vom 18.07.2012 (Nds. GVBl. S. 279) folgende Zweckvereinbarung:

### **Präambel:**

Mit der Einführung des Betreuungsgeldes zum 01.08.2013 durch Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) vom 05.12.2006 (BGBl. I S. 2748) durch das Gesetz zur Einführung eines Betreuungsgeldes (Betreuungsgeldgesetz) vom 15.02.2013 (BGBl. I S. 254) und Änderung der Allgemeinen Zuständigkeitsverordnung für die Gemeinden und Landkreise zur Ausführung von Bundesrecht (AllZustVO-Kom) vom 22.07.2013 (Nds. GVBl. Nr. 14/2013 vom 26.07.2013) wird den Landkreisen als örtliche Träger die Aufgabenwahrnehmung nach Abschnitt 2 BEEG (§§ 4a bis 4d) übertragen. Dem Grundgedanken folgend, bei der Wahrnehmung neuer Aufgaben von vorneherein eine doppelt angelegte Struktur der zur Fusion anstehenden Kommunen Landkreis Göttingen und Landkreis Osterode zu vermeiden, soll eine gemeinsame Antragsbearbeitungsstelle „Betreuungsgeld“ beim LK Göttingen eingerichtet werden.

Als Vorgriff auf die beabsichtigte Fusion der beiden Landkreise zum 01.11.2016 wird bereits jetzt eine gemeinsame Aufgabenerfüllung als sinnvoll und notwendig erachtet, um entsprechende Einsparpotenziale zu generieren und einen finanziellen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten.

### **§ 1 Gegenstand der Zweckvereinbarung**

(1) Der Landkreis Göttingen nimmt die Aufgaben des Betreuungsgeldgesetzes nach dem BEEG für die Landkreise Göttingen und Osterode am Harz zur alleinigen Erfüllung wahr.

(2) Der Landkreis Osterode am Harz leistet dem Landkreis Göttingen hierbei insoweit Verwaltungshilfe, als er Anträge pp. nach dem Betreuungsgeldgesetz entgegennimmt und an den Landkreis Göttingen weiterleitet. Der Landkreis Göttingen überlässt dem Landkreis Osterode am Harz notwendige Vordrucke.

(3) Die beim Landkreis Osterode am Harz eingereichten Anträge gelten als bei der zuständigen Behörde gestellt, soweit Bundes- oder Landesrecht dem nicht entgegensteht. Rechtsbehelfe sind keine Anträge in diesem Sinne. § 37 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz bleibt unberührt.

## § 2 Kostenregelung

(1) Der Landkreis Osterode am Harz erstattet für die Dauer der Vereinbarung dem Landkreis Göttingen zum Jahresende prozentual im Verhältnis zur tatsächlichen Fallrate aus seinem Hoheitsgebiet die entstandenen Personal- und Sachkosten.

Die Kosten umfassen im Einzelnen

- a) die Personalkosten (einschl. Sozialbeiträge, Versorgung)
- b) die Sachkosten (einschl. Arbeitsplatzkosten)
- c) die internen Leistungsverrechnungen und Umlagen, sofern damit Arbeitsplatzkosten abgegolten werden (im Sinne des jeweils aktuellen KGSt-Berichtes „Kosten eines Arbeitsplatzes“)

(2) Entsprechende Erstattungen durch das Land Niedersachsen im Rahmen der Konnexität werden vom Landkreis Göttingen geltend gemacht und entsprechend mit den Aufwendungen verrechnet.

(3) Überschüssige Erstattungen verbleiben beim Landkreis Göttingen.

## § 3 Inkrafttreten, Laufzeit

(1) Diese Zweckvereinbarung tritt nach der letzten Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Göttingen bzw. den Landkreis Osterode am Harz in Kraft.

(2) Die Zweckvereinbarung wird bis zum 31.10.2016 befristet. Sie kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich gekündigt werden.

(3) Im Falle einer Kündigung übergibt der Landkreis Göttingen dem Landkreis Osterode am Harz die seinem Zuständigkeitsbezirk zugehörigen Akten und – in maschinenlesbarer Form – Datenbestände.

(4) Das für die Erledigung der Aufgaben des Betreuungsgeldgesetzes in der Betreuungsgeldstelle eingesetzte Personal verbleibt nach Vertragsende beim Landkreis Göttingen.

## § 4 Schlussbestimmungen

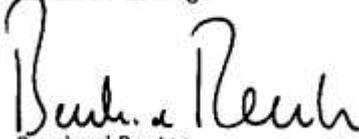
(1) Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung sind nur verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen.

(2) Sollte eine der Regelungen dieser Vereinbarung unwirksam sein, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Regelungen.

Göttingen, den 30.08.2013

Osterode am Harz, den 02.09.2013

Landkreis Göttingen

  
Bernhard Reuter  
Landrat

Landkreis Osterode am Harz  
In Vertretung

  
Gero Geißreiter  
Erster Kreisrat

## Genehmigung

Gemäß § 2 Abs. 5 Satz 2 des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) vom 19.02.2004 (Nds. GVBl. 2004, S. 63) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.12.2011 (Nds. GVBl. 2011, S. 493) wird die vom Kreistag des Landkreises Göttingen in der Sitzung am 28.08.2013 und vom Kreistag des Landkreises Osterode am Harz in der Sitzung am 26.08.2013 beschlossene Zweckvereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben des Gesetzes zur Einführung des Betreuungsgeldes nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz durch den Landkreis Göttingen genehmigt.

Die Genehmigung wird unter folgender Auflage gem. § 36 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG erteilt:

In die Zweckvereinbarung ist eine Regelung aufzunehmen, aus der ersichtlich wird, dass es sich um eine Aufgabenübertragung handeln soll. Die Auflage ist bis zum 01.01.2014 umzusetzen.

Niedersächsisches Ministerium  
für Inneres und Sport  
- 32.26-01610/4153 -



Hannover, 15.10.2013

Im Auftrage

  
Böhre

|  |
|--|
| <b>1. Nachtragshaushaltssatzung<br/>der Gemeinde Landolfshausen für das Haushaltsjahr 2013</b> |
|--|

Aufgrund des § 115 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12.12.2012 (Nds. GVBl. S. 589), hat der Rat der Gemeinde Landolfshausen in seiner Sitzung am 24.09.2013 folgende 1. Nachtragshaushaltssatzung beschlossen:

### § 1

Mit dem Nachtragsplan werden

|   | die bisherigen<br>festgesetzten<br>Gesamt-<br>beträge | erhöht<br>um | vermindert<br>um | und damit der<br>Gesamtbetrag<br>des Haushaltsplans<br>einschließlich<br>der Nachträge<br>festgesetzt auf |
|---|---|--------------|------------------|---|
|   | -Euro-<br>1   | -Euro-<br>2  | -Euro-<br>3      | -Euro-<br>4   |
| <b>Ergebnishaushalt</b>                           |   |              |                  |   |
| ordentliche Erträge                               | 872.800   | 52.200       | 0                | 925.000   |
| ordentliche Aufwendungen                          | 901.600   | 34.500       | 11.100           | 925.000   |
| außerordentliche Erträge                          | 28.800  | 0            | 9.200            | 19.600  |
| außerordentliche Aufwendungen                     | 0   | 0            | 0                | 0   |
| <b>Finanzhaushalt</b>                             |   |              |                  |   |
| Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit   | 852.500   | 52.200       | 0                | 904.700   |
| Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit   | 848.700   | 18.400       | 5.600            | 861.500   |
| Einzahlungen aus Investitionen                    | 86.800  | 4.000        | 200              | 90.600  |
| Auszahlungen für Investitionen                    | 81.300  | 118.000      | 0                | 199.300   |
| Einzahlungen für Finanzierungstätigkeiten         | 0   | 0            | 0                | 0   |
| Auszahlungen für Finanzierungstätigkeiten         | 114.400   | 3.000        | 0                | 117.400   |
| <b>Nachrichtlich:</b>                             |   |              |                  |   |
| Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushalts | 939.300   | 56.200       | 200              | 995.300   |
| Gesamtbetrag der Auszahlungen des Finanzhaushalts | 1.044.400   | 139.400      | 5.600            | 1.178.200   |

## § 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

## § 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

## § 4

Der bisherige Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite beansprucht werden dürfen, wird nicht verändert.

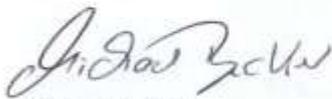
## § 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden nicht geändert.

## § 6

Die Bestimmungen hinsichtlich der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden nicht verändert.

Landolfshausen, 25.09.2013



(Michael Becker)  
Bürgermeister



Die 1.Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Landolfshausen liegt in der Zeit vom 29.10.2013 bis einschließlich 19.11.2013 bei der Gemeinde Landolfshausen, Unterdorfstr. 14, 37136 Landolfshausen zur Einsichtnahme aus.

|   |
|---|
| <b>1. Nachtragshaushaltssatzung<br/>der Samtgemeinde Radolfshausen für das Haushaltsjahr 2013</b> |
|---|

Aufgrund des § 115 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12.12.2012 (Nds. GVBl. S. 589), hat der Rat der Samtgemeinde Radolfshausen in seiner Sitzung am 26.09.2013 folgende 1. Nachtragshaushaltssatzung beschlossen:

### § 1

Mit dem Nachtragsplan werden

|  | die bisherigen<br>festgesetzten<br>Gesamt-<br>beträge | erhöht<br>um | vermindert<br>um | und damit der<br>Gesamtbetrag<br>des Haushaltsplans<br>einschließlich<br>der Nachträge<br>festgesetzt auf |
|--|---|--------------|------------------|---|
|  | -Euro-<br>1   | -Euro-<br>2  | -Euro-<br>3      | -Euro-<br>4   |
| <b>Ergebnishaushalt</b>                                |   |              |                  |   |
| ordentliche Erträge                                    | 4.470.900   | 24.400       | 4.700            | 4.490.600   |
| ordentliche Aufwendungen                               | 4.470.900   | 41.900       | 22.200           | 4.490.600   |
| außerordentliche Erträge                               | 0   | 0            | 0                | 0   |
| außerordentliche Aufwendungen                          | 0   | 7.800        | 0                | 7.800   |
|  |   |              |                  |   |
| <b>Finanzhaushalt</b>                                  |   |              |                  |   |
| Einzahlungen aus laufender<br>Verwaltungstätigkeit     | 4.295.100   | 5.700        | 4.700            | 4.296.100   |
| Auszahlungen aus laufender<br>Verwaltungstätigkeit     | 4.028.800   | 47.800       | 14.900           | 4.061.700   |
| Einzahlungen aus Investitionen                         | 194.000   | 73.500       | 0                | 267.500   |
| Auszahlungen für Investitionen                         | 251.200   | 55.000       | 3.600            | 302.600   |
| Einzahlungen für Finanzie-<br>rungstätigkeiten         | 0   | 0            | 0                | 0   |
| Auszahlungen für Finanzie-<br>rungstätigkeiten         | 88.400  | 0            | 0                | 88.400  |
|  |   |              |                  |   |
| <b>Nachrichtlich:</b>                                  |   |              |                  |   |
| Gesamtbetrag der Einzahlun-<br>gen des Finanzhaushalts | 4.489.100   | 79.200       | 4.700            | 4.563.600   |
| Gesamtbetrag der Auszahlun-<br>gen des Finanzhaushalts | 4.368.400   | 102.800      | 18.500           | 4.452.700   |

**§ 2**

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

**§ 3**

Der bisherige Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird nicht verändert.

**§ 4**

Der bisherige Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite beansprucht werden dürfen, wird nicht verändert.

**§ 5**

Die Höhe der Samtgemeindeumlage und der Umlagesatz nach den Steuerkraftzahlen werden gegenüber den bisherigen Festsetzungen nicht verändert.

**§ 6**

Die Bestimmungen hinsichtlich der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden nicht verändert.

Ebergötzen, 27.09.2013

  
(Wolfgang Wucherpfennig)  
Samtgemeindebürgermeister



### GENEHMIGUNG

Gemäß § 115 Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), und § 15 Abs. 6 des Nds. Gesetzes über den Finanzausgleich (N FAG) vom 14.09.2007 (Nds. GVBl. S. 466), beide in den zurzeit geltenden Fassungen, erteile ich hiermit die aufsichtsbehördliche Genehmigung zu § 5 der 1. Nachtragshaushaltsatzung 2013 der Samtgemeinde Radolfshausen.

Göttingen, 22.10.2013  
Hauptamt  
10.1-15 11 03 22/13

L. S.

Landkreis Göttingen  
Der Landrat  
Im Auftrage

Gez. Niesen

Niesen

Die 1.Nachtragshaushaltssatzung der Samtgemeinde Radolfshausen liegt in der Zeit vom 25.10.2013 bis einschließlich 04.11.2013 bei der Samtgemeinde Radolfshausen, Vöhreweg 10, 37136 Ebergötzen zur Einsichtnahme aus.

**Amtsblatt für den Landkreis Göttingen vom 24.10.2013 Nr. 41**